wA16 Der UN-Kommission folgen: Den Genozid in Gaza anerkennen

Antragsteller*in:	Claas Fiete Goldenstein (KV Stade)
Tagesordnungspunkt:	9. Weitere Anträge

Antragstext

1. Wir nehmen den Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete, Ost-Jerusalem und Israel vom 16.09.2025 zustimmend zur Kenntnis und erkennen den durch die israelische Regierung verübten Genozid in Gaza an.

2. Wir fordern den Bundesverband von Bündnis 90/Die Grünen auf, dasselbe zu tun und darauf hinzuwirken, dass

3. Deutschland die im Bericht genannten Maßgaben an alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen schnellstmöglich umsetzt. Dazu gehören:
   a) Die weitere Ausübung des Genozids mit allen vernünftigen Mitteln zu verhindern;
   b) Lieferungen von Waffen und anderen Mitteln an Israel oder Drittstaaten einzustellen, bei denen der begründete Verdacht besteht, dass sie zur Ausübung des Genozids verwendet wurden oder werden können;
   c) Sicherzustellen, dass keine Einzelpersonen oder Unternehmen, die deutschem Recht unterstehen, an dem Genozid beteiligt sind und dass Verstöße gegen das Völkerrecht entsprechend geahndet werden;
   d) Die Unterstützung von Untersuchungen und Sanktionen gegen den israelischen Staat, Einzelpersonen oder Unternehmen, die an dem Genozid beteiligt sind;
   e) Die Zusammenarbeit mit den Behörden des internationalen Strafgerichtshofes.

Begründung

Warum den Genozid in Gaza per Beschluss anerkennen?
Um als deutsche Partei deutlich auszusprechen, was der durch die Vereinten Nationen ermittelte Sachstand ist. Der Bericht der UN-Kommission ist der beste Ausgangspunkt, um die polarisierte politische Diskussion zu diesem Thema in einer gemeinsam geteilten Wahrheit zu gründen (Link zum Bericht, Schluss und Empfehlungen auf S. 71/72).

Die Beurteilung der Handlungen des israelischen Staates als Genozid seitens der UN steht nicht im leeren Raum, sondern wird von führenden Wissenschaftler*innen im Feld geteilt. Hervorzuheben sind dabei Stimmen aus Israel selbst bzw. mit israelischem Hintergrund, wie Omer Bartov, Amos Goldberg

und Daniel Bladman. Dazu kommen eine große Zahl unabhängiger Menschenrechts- und Hilfsorganisationen (Auswahl):

- Amnesty International
- European Center for Constitutional and Human Rights
- Genocide Watch
- Human Rights Watch
- Christian Aid (GB)
- Médicins du Monde (CH, F)
- B'Tselem (IL)
- Oxfam
- International Association of Genocide Scholars
- Médicins Sans Frontières/Ärzte ohne Grenzen
- Refugees International

Warum wir Grüne?
Es waren unsere Spitzenpolitiker*innen, die nach dem Angriff vom 07. Oktober 2023 die öffentliche Wahrnehmung und die politischen Antworten Deutschlands entscheidend mitgeprägt haben. Die Betonung der Staatsräson durch unseren Vizekanzler Robert Habeck ist zu nennen, wie auch die Koordination der Reaktionen Deutschlands durch unsere Außenministerin Annalena Baerbock, oder wegweisende Reden, wie die im Bundestag vom 10.10.2024 (Link zur Rede). Wir Grüne tragen deshalb auch weiterhin eine besondere Verantwortung für die politische Positionierung und das Handeln Deutschlands in dieser Sache.

Warum ein Beschluss zu Israel/Gaza (und nicht zu anderen gewalttätigen Konflikten)?
Anders als bei anderen Konflikten sind wir als Deutschland in dieser Sache stark involviert und tragen eine entsprechend große Verantwortung für die Folgen unseres Handelns. Nach den USA sind wir Israels zweitgrößter Lieferant von Waffen und Rüstungsgütern. Von 2020-24 kamen 33 % der von Israel importierten konventionellen Waffen aus Deutschland, vornehmlich Fregatten und Torpedos für die Marine (91 %), sowie Motoren für gepanzerte Fahrzeuge (8,5 %). Sowohl die Fregatten als auch die Fahrzeuge kamen in Gaza zum Einsatz (Link zum internat. Friedensforschungsinstitut in Stockholm). Dazu hat Deutschland Israel noch bis März diesen Jahres in dem laufenden Verfahren zum Verstoß gegen die Völkermordkonvention vor dem IGH unterstützt.

Unterstützer*innen

Bettina Deutelmoser (KV Stade); Guido Hübner (KV Stade); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Pia Lucienne Bänecke (KV Harburg-Land); Kai Henßen (KV Hannover); Sean Heller (KV Hannover); Niklas Wolf (KV Lüneburg); Yvonne Gleditzsch (KV Lüneburg); Berit Müller (KV Oldenburg-Stadt); Torsten Franz (KV Lüneburg); Amalien Meyer (KV Stade); Lars Niebuhr (KV Stade); Marvin Jonas Laesecke (KV Oldenburg-Stadt); Espen Rechtsteiner (KV Lüneburg); Christoph Behnke (KV Stade); Antonio Petrov (KV

Lüneburg); Katharina von Dach (KV Oldenburg-Stadt); Hoang Long David Duong (KV Emsland); Birgit Simon (KV Stade); Yola Karlotta Kreitlow (KV Hannover); Lara Majewski (OV Buxtehude-Apensen); Elias Johannes Gleditzsch (KV Göttingen); Cenk Yilmaz (KV Hameln-Pyrmont); Heike-Angelika Virchow (KV Lüneburg); Jannik Lichtenfeld (KV Oldenburg-Stadt); Samuel Everding (KV Hameln-Pyrmont); Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel); Jannik Scherer (KV Göttingen); Paul Schulz (KV Hannover); Ophelia-Aurora Christian (KV Göttingen); Carlotta Barlag (KV Lüneburg); Justin-Noel Stöhr (KV Göttingen); Kjell Ove Boyken (KV Uelzen); Karsten Beinhorn (KV Göttingen); Hayat Hajjali (KV Hannover); Sonja Hammann (KV Lüneburg); Anna Hanses (OV Emsland-Mitte); Karla Deutelmoser (KV Stade); Philipp Bix (KV Göttingen); Yunis Foß (KV Hannover); Claas Nutbohm (KV Hannover)